

209 Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Johann Michler.

Wien. I. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 18. Juli 1918. Nr 109.

Lebensmittelkarten-Ausgabe. Am Samstag, 20. d.M. gelangen die Mehlkarten und Störbrotmehlkarten für die 172. bis 181. Woche, die Fettkarten für die 97. bis 106. Woche, die Milchkarten für die 75. bis 84. Woche und die Kartoffelkarten für die 42. bis 51. Woche zur Ausgabe. Die Seifenkarten für die Monate August bis einschliesslich November werden später ausgegeben und wird der Behebungsstermin rechtzeitig verlautbart werden.

Wohnungsamt der Stadt Wien. Im Monat Juni sind die leerstehenden Wohnungen auf 681 oder 0'123 % des gesamten Wohnungsbestandes, gegen 789 oder 0'142 % im Mai zurückgegangen. Von den ausgewiesenen leerstehenden Wohnungen entfallen auf die Gruppe: der Kleinwohnungen 575 (0'142 % aller Kleinwohnungen); der kleineren Mittelwohnungen 56 (0'108 % aller kleineren Mittelwohnungen); der grösseren Mittelwohnungen 27 (0'039% aller grösseren Mittelwohnungen und der grossen Wohnungen 23 (0'085 % aller grossen Wohnungen. Der Stand der leerstehenden Geschäftslokale hat im Berichtsmonate einen Rückgang auf 4483 gegen 4796 im Monat Mai zu verzeichnen. Die Zahl der Besucher des Wohnungsnachweises betrug im Juni 2704, die Zahl der Wohnungen und Lokale , die im Berichtsmonate durch Organe des Wohnungsnachweises revidiert wurden, betrug 3.629. Die allgemeine Lage des Wohnungsmarktes ist durch den anhaltenden Rückgang der leerstehenden Wohnungen gekennzeichnet.

Kartoffelabgabe. Am Freitag und Samstag dieser Woche werden ausser in den bereits veröffentlichten Bezirken auch noch im 2., 4., 10. und 19. Bezirke Frühkartoffeln und zwar $\frac{1}{2}$ kg für den Kopf zum Preise von 66 h für das $\frac{1}{2}$ kg gegen Abtrennung des Kartoffelkartenstammes abgegeben.

angesichts der für Wien benötigten bedeutenden Mengen auch nicht die geringste Erleichterung in der Kartoffelversorgung für die Wiener Bevölkerung erreicht werden. Es wird daher gefragt: Ist der Bürgermeister geneigt, beim Amte für Volksernährung dahin zu wirken, dass die in den Kriegsgemüse- und Schrebergärten gebauten Kartoffeln von der Beschlagnahme und Kartenbewirtschaftung freibleiben.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert:

Durch Verordnung des Volksernährungsamtes vom 22. Juni l. J. wurden alle in Oesterreich geernteten Kartoffeln beschlagnahmt, somit auch die der Heim-Schreber- und Kriegsgemüsegärtner. Doch bestimmt der § 3 dieser Verordnung daß die Kartoffelerzeuger, ungeachtet der Beschlagnahme die zur Ernährung der Angehörigen ihres Haushaltes benötigte Menge in dem durch die Verbrauchsregelung festgesetzten Quantum verbrauchen dürfen. Eine Verbrauchsregelung ist bisher noch nicht erfolgt. Doch wird diesbezüglich auf die Verordnung der k.k.n.ö. Statthalterei vom 2. Oktober 1917 verwiesen, die bezüglich der Ernte von Kartoffeln bei den vorerwähnten Gärtnern im § 3 folgendes bestimmt:

Bei der Ausfolgung der Kartoffelkarten werden Vorräte aus eigenen Schrebergärten und ähnlichen kleinen gartenmässigen Betrieben nicht in Anrechnung gebracht.

Ich habe sofort Schritte eingeleitet, dass diese Bestimmung vom ^{Vor-} ^{wieder} Jahre auch heuer/in die k.k. Statthaltereiverordnung Aufnahme findet. Was den Rucksackverkehr anbelangt, bin ich mir bewusst, dass ja auch da Missbräuche vorkommen, aber im grossen und ganzen hat sich der Rucksackverkehr für Wien doch bewährt, und ich kann nur neuerlich sagen, ohne Rucksackverkehr wären wir schon längst verhungert. (Lebhafter Beifall).

GR. Schäfer stellt folgende Anfrage: Ich erlaube mir den Bürgermeister im Namen sämtlicher Hoteliers und Gastwirte Wiens auf die grosse Gefahr der vollkommenen Sperrung der Gasthausbetriebe aufmerksam zu machen. Die Folgen einer solchen Katastrophe wären unübersehbar, da das Militär und eine halbe Million der Zivilbevölkerung auf die Gasthäuser angewiesen sind. Schuld daran sind die traurigen Zustände, in denen wir uns befinden, da man die bescheidenen Vorräte, die sich die Wirte um horrendes Geld zur Linderung der allgemeinen Not im Interesse des ganzen Staates angeschafft haben, beschlagnahmt hat. Es gibt nur zwei Wege: Entweder werden die Gastwirte und Hoteliers vom Ernährungsamt mit den nötigen Lebensmitteln versorgt, oder man lässt den Gastwirten die Freiheit, sich die Sachen wie bis jetzt privat zu beschaffen. Sollte die Behörde keinen dieser Auswege gut heissen, so ist es sicher zu erwarten, dass sich der bereits jetzt so grossen Zahl von 300 Betrieben die übrigen in den allernächsten Tagen anschliessen werden, und ihre Lokale sperren. Es ist gar nicht auszudenken, was für Folgen diese allgemeine Sperre mit sich brächte.

Und gerade die Hoteliers und Gastwirte waren es, die der Bevölkerung durch vier Jahre das Durchhalten nach Möglichkeit erleichtert haben. Um diesen äussersten Schritt zu verhindern, bitte ich den Bürgermeister im Namen sämtlicher Hoteliers und

Gastwirte und nicht zuletzt der Bevölkerung selbst, die auf die Gastwirte angewiesen sind, die nötigen Massnahmen zu treffen, um diese Katastrophe zu verhindern und bei den massgebenden Behörden vorstellig zu werden.

Es wird gefragt, was der Bürgermeister in dieser katastrophalen Lage, in der wir uns alle befinden, zu tun gedenkt.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt: Man mag über die Zentralen und die Zentralenwirtschaft denken wie man will, das eine ist sicher, dass die zentrale Bewirtschaftung den Schleichhandel und die Wucherpreise nicht zu verhindern vermag. Wir befinden uns jetzt im letzten Akte des Dramas. Zusammenbruch des staatlichen Ernährungsdienstes. Der Interpellant hat vollständig recht, wenn er sagt, entweder man beliefert die Wirte so, dass sie ihr Geschäft ausüben und die Konsumenten befriedigen können, gut dann ist es recht und billig und dann soll man gegen jeden Schleichkauf einschreiten, wenn aber das Amt für Volksernährung nicht in der Lage ist, die Gastwirte so zu beliefern, dass sie ihr Geschäft fortführen können, was sollen denn dann die Wirte tun? Dann gibt es wieder nur zweierlei: Entweder sie kaufen im Schleichhandel ein, oder sie sperren zu. Ich habe auch nicht versäumt, die Regierung mit allem Nachdrucke darauf aufmerksam zu machen. Es ist ja doch im Wirtgewerbe ein grosser Teil der Approvisionierung Wiens gelegen. Derjenige der einen Haushalt führt, braucht den Wirt nicht, aber Tausende sind gezwungen, im Gasthause ihr Speisebedürfnis zu befriedigen. Leider steht das Ernährungsamt unter einem gewissen Einflusse welche das Amt immer mehr auf die Bahn der Staatssozialisten sehen Wirtschaft drängt und schliesslich sollen alle in die Kriegsküche essen gehen. Das bewirkt aber eine Drangsalierung des Mittelstandes ein Herabsinken weiter angesehenen Kreise, direkt in das Proletariat und meine Herren hinunter geht's leicht, ob wir aber nach Kriegsschluss diese Schichten der grossstädtischen Bevölkerung wieder werden hinauf heben können, diese Frage lasse ich offen. Es ist nicht meine Sache, sondern Sache der Regierung endlich den wiederholt gestellten Forderungen der Gemeinde auch in diesem Belange nachzukommen.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Vize-Bürgermeister HoB berichtet über eine Aufsetzung der Platzzinse unter sonstigen Entschädigungsgebühren für die Inanspruchnahme städtischen Grundes.

(Angenommen).

Vize-Bürgermeister HoB beantragt das für die Militärbequartierung sich voraussichtlich Ende Juni 1918 ergebende unbedeckte Mehrerfordernis von rund K 4,939.860 auf das 80 Millionen Kronen-Anlehen zu verweisen und an das k.u.u. Kriegsministerium die dringende Forderung zu

richten, den bei den militärischen Dienststellen während des Krieges ständig in Verwendung stehenden Gageisten an Stelle der vorübergehenden Einquartierung das zinstarifmässige Wiener Quartiergeld aus militärrararischen Mitteln zu erfolgen, so dass diese Last nicht wie bisher allein von den Steuerträgern Wiens zu tragen ist, sowie die Spezialkurse mit hohen Personalständen sowie die für die Versorgung der Armee im Felde weniger in Betracht kommenden Formationen nach auswärts zu verlegen, wodurch nicht nur eine finanzielle Entlastung der Gemeinde, sondern auch eine Erleichterung auf dem Gebiete der Approvisionierung und der immer drückender werdenden Wohnungsnot erreicht werden könnte.

Vize-Bürgermeister HoB legt den Geschäftsbericht der Zentralsparkassa der Gemeinde Wien für das Jahr 1917 vor, deren Umsatz ~~1,705.000.000~~ 1,705.000.000 betrug. Er hebt die Leistung der Zentralsparkassa auf dem Gebiete der Kriegsanleihe hervor, die bei den 7 Emissionen mit mehr als 221.000.000 Kronen, zu deren Erfolg beitrug. Er gedenkt der verdienstvollen Mitwirkung der Lehrerschaft anlässlich der Ausgaben von Kriegsanleiheparablätern in den Schulen und dankte dem Beamtenstande mit Dr. Meller an der Spitze. Der Referent schildert die Schwierigkeiten, die durch die Einberufung zahlreicher Angestellten hervorgerufen wurden und betont, dass den begründeten Wünschen der Anstalt um Enthebung einiger eingearbeiteter Beamter zum Unterschiede von anderen Geldinstituten trotz wiederholter Vorstellungen nicht entsprochen wurde. Die Bilanz wird ohne Debatte genehmigt.

Für den Bau des Als- und Ottokringerbachkanals im 9. und 17- Bezirke wird ein Zuschusskredit von 191.000 Kronen bewilligt.

Nach einem Antrage des STR. Pover wird der Auflösung der Bezirksvertretung Hietzing zugestimmt.

Nach einem Antrage des Vize-Bürgermeisters Rain wird der Rechenschaftsbericht und die Bilanz des Kreditvereins der Zentralsparkassa der Gemeinde Wien für das Jahr 1917 genehmigend zur Kenntnis genommen.

GR. Schneider beantragt die Erweiterung der Zufahrtsgleise zur Hauptwerkstätte der städtischen Strassenbahnen in der Iheringasse zwischen Schwendergasse und Siebeneichengasse im 14- Bezirke. (Angenommen).

Ueber Antrag des GR. Schwer wird die auf die Dauer der durch die Kriegsverhältnisse bedingten Einteilung des Bereitschaftsdienstes bei der städtischen Feuerwehr bewilligte Entschädigung für jene sonst dienstfreien Tage, an denen die Bediensteten zum Feuerwehrdienst herangezogen werden müssen, vom 1. Juli 1918 an für die Feuerwehr-offiziere mit 80 Kronen, für die Unterbeamten mit 40 K und für die Mannschaftspersonen einschliesslich der Amtsdieners mit 30 Kronen monatlich pauschaliert. (Angenommen).

GR. Schwer beantragt die Erhöhung der Gebühren für die jedesmalige Bereitstellung der Feuerwehrorgane, die als Feuerwache in Theatern, Rauchtheatern (Singspälhallen, Varietés) und Zirkusanlagen bei jeder Vorstellung und Generalprobe anwesend zu sein haben, auch 6 Kronen für jeden Löschmeister und Feuerwehrmann.

Ueber Antrag des STR. Tomola wird den Geistlichen, nicht Festangestellten Religionslehrern an den allgemeinen Volks- und Bürgerschulen in Wien für das Jahr 1918 eine einmalige Kriegszulage im Ausmasse von 30% der für das Schuljahr 1917/1918 entfallenden Remuneration bewilligt.

STR. Tomola berichtet über die Widmung von Freiplätzen an der k.k. Schifffahrtsschule mit deutscher Unterrichtssprache in Triest und stellt die bekannten Anträge. VB. Hoss beantragt nachstehende bauliche Herstellungen

in den Schlachthöfen St. Marx in Meidling anlässlich der Einführung der Zentralschlachtung zu genehmigen und zwar: Heranstellung zweier Schlachthallen mit dem Betrage von K 93.400. Errichtung einer Kühlanlage in dieser Abteilung mit dem Erfordernisse von K 213.450. Ausbau der Vorkühlhalle, Umbau der Schlachthalle I, Auswechslung der maschinellen Einrichtung der Halle II, Schaffung von Luftbahngelassen in der Halle III, sowie Adaptierungen in den Hallen III und IV mit dem Betrage von K 1,345.847. Umbau der beiden an der Viehmarktsgasse gelegenen Stallgebäude zu Kanzleien, Dienstwohnungen u.s.w., Ausgestaltung des Gebäudes an der Schlachthausgasse für Kanzleien und Verkaufsräume der Gruppe Grossschlachtereier der Grossschlachtereier, Verbesserung der elektrischen Beleuchtung und Einrichtung einer Fernsprechanlage mit dem Betrage von K 1,029.000. Im Schlachthofe Meidling: Verbindung der Schlachtbrücken im Objekte VII, Schaffung eines Bureauroumes, einer Bäckereierzeugung, einer Innereiabgabe- und Hutbesammelstelle mit dem Erfordernisse von 22.000 Kronen. Umwandlung der einen Hälfte der Stallgruppe V in eine Schlachthalle mit dem Kostenbedürfnisse von 99.500.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner schliesst die Sitzung mit folgenden Worten:

Meine Herren! Ich beabsichtige nun in der Tätigkeit des Gemeinderates eine kleine Sommerpause eintreten zu lassen und die verehrten Kollegen erst wieder anfangs September zu regelmässigen Sitzungen einzuberufen. Ich wünsche Ihnen, soweit es die Kriegsverhältnisse zulassen, einen recht guten Sommer und auf Wiedersehen im Herbst!

Das 12. Korps für die Stadt Wien. In der heutigen Sitzung des Gemeinderates brachte Bürgermeister Dr. Weiskirchner nachstehendes Telegramm zur Verlesung: Freiwillig und einhellig haben Soldaten und Offiziere des 12. Korps auf einen Teil der gebührenden Kostportion verzichtet um diese Nahrungsmittel notleidenden mindestbemittelten Wiener und Budapestern zu bieten. In Ausführung dieser dem Korpskommando gewordenen Anregung und nach hier schätzungsweise frei ermittelten Verhältnis der Zahl an Hilfsbedürftigen wurden am 3. Juli unter Begleitung als Heerestransport 300 Meterzentner Brotmehl und etwa 300 Meterzentner Fleisch in lebenden Findern (Schlachtgewicht mit 50% angenommen) abgesendet. (Lebhafter Beifall). Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt hierzu, dass die Rinder nach 18tägigem Transport in Wien eingelangt sind, ebenso das Mehl. Namens des Gemeinderates spricht er den Offizieren und Soldaten des 12. Korps den herzlichsten und besten Dank aus.

Einsiedezucker für Obstgartenbesitzer. Die „Anweisungen“ auf Einsiedezucker für jene Obstgartenbesitzer Wiens, welche rechtzeitig und mit gehörig bestätigten Gesuchen ihren Anspruch angemeldet haben, können vom Samstag, 20. d.M. bis einschliesslich Donnerstag, 25. d.M. während der üblichen Amtsstunden bei den magistratischen Bezirksämtern des Wohnortes der Anspruchsberechtigten behoben werden.

Gegen Vorweisung und Abgabe dieser Anweisungen, sowie gegen Entrichtung des hierfür entfallenden Betrages können die Parteien vom Montag, 22. d.M. an den angewiesenen Zucker bei folgenden Firmen Wiens beheben: Die Parteien des 1. bis 12. Bezirkes bei Wilhelm Hauk, 10. Bezirk Quellenstrasse 74; die Parteien des 13. Bezirkes bei Angerer & Kaltenbek, 14. Bezirk Prinz Karlgasse 25; die Parteien des 14. bis 17. Bezirkes bei Josef Skupil & Co., 1. Bezirk Maximilianstrasse 11; die Parteien des 18. Bezirkes bei C. Burghard & Co. 1. Bezirk Giselastrasse 3; die Parteien des 19. Bezirkes bei Kainz & Partik, 9. Bezirk Marktgasse 38 und die Parteien des 20. und 21. Bezirkes bei Horowitz' Neffen, 1. Bezirk Hegelgasse 11.

Der Verband der Wiener Tagesheimstätten hielt am 16. d.M. unter dem Vorsitz des VB. Hoss seine 2. Hauptversammlung ab. Nach dem Rechenschaftsbericht des kaiserlichen Rates Eichhorn und der Frau Freindlich erfolgten die Wahlen, bei denen an Stelle des um den Verband hochverdienten Sektionschef Pliwa, dem der Dank der Hauptversammlung ausgesprochen wurde, Baron Gorup zum geschäftsführenden Vorstand - Stellvertreter berufen wurde. Auf Grund des Berichtes des Fräulein Belem wurde eine Satzungsänderung des Verbandes im Sinne seiner Umgestaltung zu einem „Verband für freiwillige Jugendfürsorge in Wien“ zugestimmt. In der Wechselrede wies Direktor Gold auf die Bedeutung dieses Ausbaues für die Eingliederung der Wiener Jugendfürsorge in die Organisation der staatlichen Fürsorge hin. StR. Tomola berichtete über die Aufforderung des k.k. Jugendreichsbundes sich als Landesverband Wien ihm anzuschliessen und beantragte in Anbetracht des patriotischen Zweckes einen losen Anschluss unter voller Wahrung der Selbstständigkeit. Regierungsrat Schifflner als Vertreter des Reichsbundes wies auf dessen neue Satzungen hin, die diese Selbstständigkeit verbürgen. Direktor Zwilling als Vertreter des Vereines Bereitschaft verlangte die ausdrückliche Anerkennung dieser Selbstständigkeit seitens des Reichsbundes und Frau Freindlich gab namens des Arbeitervereines Kinderfreunde die Erklärung ab, dass ihre Organisation vorläufig eine abwartende Haltung einnehmen müsse. Seitens der übrigen Anwesenden wurde einem losen Anschluss unter Wahrung der Selbstständigkeit zugestimmt. Endlich wurde noch die Herausgabe von Mitteilungen für die Mitglieder des Verbandes als Beilage zu den Blättern für Armen- und Wohlfahrtspflege angeregt.

Die Wiener Kinder in der Schweiz. Von Frau von Einem, der bekannten Leiterin und Anregerin der Reise der Wiener Kinder in die Schweiz ist heute aus Einsiedeln nachstehendes Telegramm eingelangt: Kinder wohl auf und gut erholt. Abreise von Einsiedeln am 31. Juli.

W i e n e r G e m e i n d e r a t

Sitzung am 17. Juli 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung.

Gespendet hat: Frau Barbara Schmeykal für den Bau einer Kapelle auf dem Kagraner Friedhof, die zum Andenken an die im Kriege gefallenen errichtet werden soll, einen Betrag von 13.000 Kronen. Ein Entwurf für diesen Bau ist im Stadtbauamt bereits in Ausarbeitung.

GR. Gussenbauer stellt folgende Anfrage: Der Schnulleiterverband der Wiener Volks- und Bürgerschulen hat in Vertretung der Wiener Brotkommissionen um eine zeitgemässe Erhöhung des den Mitgliedern der Brotkommissionen seinerzeit gewährten Zehrgeldes von bisher 4 Kronen auf 5 Kronen angesucht. Dieses Ansuchen findet seine Begründung in der fortgesetzten Steigerung der Lebensmittelpreise. Zweifellos bringen die Mitglieder der Kommissionen mit der weiteren Versehung ihres anstrengenden Dienstes ein persönliches Opfer, welches wenigstens eine teilweise entsprechende Entschädigung verdient. Während für jene Lehrpersonen, die als Aufsichtspersonen nach Ungarn reisen, die Frage der Lebensversorgung durch die vollständigste Verpflegung gelöst erscheint, werden die zurückbleibenden Kommissionenmitglieder von der Lebenssorge schwer belastet. Diese Umstände machen diese Angelegenheit zu einer dringenden. Es wird gefragt: Ist die Erhöhung der Zehrgelder für die Mitglieder der Brotkommissionen bereits in Verhandlung gezogen und von wann an soll die angesuchte Erhöhung auf 5 Kronen zur Ausbezahlung gelangen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Ueber die Eingabe des Verbandes der Leiter der Wiener Volks- und Bürgerschulen vom 1. Juni 1918 um Erhöhung der den Mitgliedern der Brot- und Mehlkommissionen zuerkanteten täglichen Zehrgelder wurde vom Bezirkswirtschaftsamt Stelle 1 unverzüglich ein Gutachten des Bezirksschulrates Wien eingeholt und wurde der Akt nach Einlagen desselben der Stadtbuchhaltung zur Aeusserung über die Kostenfrage übermittelt. Nach Abgabe dieser Aeusserung wird die Eingabe ohne jede Verzögerung der weiteren Behandlung unterzogen und der raschesten Erledigung zugeführt werden.

GR. Gussenbauer stellt folgende Anfrage: Den Obstgartenbesitzern ist die Zuteilung einer bestimmten Menge von Einsiedezucker in Aussicht gestellt worden. Die geforderten Eingaben wurden schon im Juni gemacht. Während dessen ist die Kirscheneinsiedezeit verflossen. Die Einsiedezeit für die wichtigsten Beerenfrüchte geht ihrem Ende entgegen und auch die so wichtige Einsiedemöglichkeit für die Marillen dürfte bald vorüber sein. Aber niemand weiss, wann der ersuchte Einsiedezucker zur Verteilung gelangt. In irrtümlicher Ver-

kennung der Verhältnisse erstreckt sich der Unmut der Interessenten wieder zumeist auf die Gemeinde. Es wird daher gefragt: Wer verteilt den Einsiedezucker? Wer ist schuldtragend an dieser unverantwortlichen Schlampelei? Ist Hoffnung vorhanden, dass der versprochene Einsiedezucker noch in diesem Sommer zur Verteilung gelangt?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Die tatsächlichen Angaben in der Anfrage sind leider richtig, ebenso richtig ist aber auch, dass den Magistrat, bezw. die Gemeinde Wien an den beklagten Uebelständen nicht die geringste Schuld trifft. Der Magistrat hat sich nämlich schon am 14. Mai, als die ersten Zeitungsnachrichten von einer abermaligen Belieferung der Obstgartenbesitzer mit Einsiedezucker sprachen, an das Volksernährungsamt schriftlich unter Hinweis darauf, dass nach den im Vorjahre gewonnenen Erfahrungen die Durchführung dieser Zuckerverteilung mindestens 4 Wochen erfordert, um sofortige Bekanntgabe der Durchführungsvorschriften gewendet, damit nicht wie im Vorjahre den Wiener Obstgartenbesitzern der Einsiedezucker erst zu einer Zeit zugewiesen wird, in der das Frühobst weg ist. Trotz wiederholter telephonischer Betreuung wurde dem Wiener Magistrat die erwähnten Durchführungsvorschriften erst am 12. Juni zugestellt; der Magistrat hat schon am darauffolgenden Tage mit einer Kundmachung diese Vorschriften verlautbart, nach dem Ergebnisse des durchgeführten Aufforderungsverfahrens die Aufteilung der für diesen Zwecke zur Verfügung gestellten Zuckermengen sofort vorgenommen und seit Anfang dieser Woche liegen bereits sämtliche 5100 Anweisungen geschrieben bei den magistratischen Bezirksämtern zum Abholen bereit.

Der Zucker war aber bisher nur aktenmässig nicht auch schon tatsächlich der Gemeinde Wien zugewiesen worden. Der Magistrat hat daher schon seit 28. Juni fast Tag für Tag die Vereinigung der Sackzuckerhändler, die Zuckerzentrale und das Volksernährungsamt telephonisch unter Berufung auf die unter den Wiener Obstgartenbesitzern bereits bestehende Erregung um tatsächliche Zuweisung des Zuckers ersucht. Dem Wiener Magistrat wurde aber stets mitgeteilt, dass die tatsächliche Beistellung der erforderlichen Zuckermengen auf die grössten Transportschwierigkeiten stösse, wobei das Volksernährungsamt - wohl mit Recht - darauf verwies, dass vor allem Zucker zur Deckung des normalen Monatsbedarfes und des Bedarfes an Einsiedezucker der Wiener Haushaltungen nach Wien geschafft werden müsste.

Auf Grund der vorliegenden Anfrage des GR. Gussenbauer hat der Magistrat gestern abermals unter Hinweis auf diese Anfrage beim Amte für Volksernährung interveniert worauf dieses erwiderte, dass da erst eine geringe Menge des für die Wiener Obstgartenbesitzer erforderlichen Einsiedezuckers anrolle, der Rest aus dem in Wien lagernden ukrainischen Zucker entnommen werde.

Die Wiener Obstgartenbesitzer werden daher noch im Laufe der nächsten Woche den ihnen zugesprochenen Einsiedezucker erhalten; auf die morgen in den Wiener Tageszeitungen erscheinende Notiz werden die Wiener Obstgartenbesitzer schon jetzt ausdrücklich aufmerksam gemacht.

Der Bürgermeister fügt hinzu: Es ist dies halt wiederum ein klassisches Beispiel für die Misere unseres staatlichen Ernährungsdienstes. (Lebhafter Beifall).

GR. Skaret stellt folgende Interpellation: Das k.u.k. Luftschifferarsenal (Luftbildabteilung) hat in den Stadtgutsälen, 14. Bezirk Sechshausstrasse 3, ein grosses Depot höchst feuergefährlicher Explosivstoffe, wie Film u.dgl. errichtet. Dieses Depot war früher im Arsenal untergebracht und ist, weil es angeblich für das Arsenal auf die Dauer zu gefährlich gewesen wäre, von dort mitten hinein zwischen dreistöckige Wohnhäuser verlegt worden. Durch die Explosionskatastrophe auf der Gumpendorferstrasse ängstlich gemacht, finden sich die in der Umgebung der Stadtgutsäle liegenden Wohnparteien und Geschäftsleute durch die Aufstapelung so grosser Mengen explodierbarer Stoffe im höchsten Grade beunruhigt und in ihrer persönlichen Sicherheit gefährdet.

Obwohl ich mit dem Abgeordneten Forstner das Präsidium des Wiener Gemeinderates sowie die Wiener Polizei vor mehr als Wochenfrist von diesem Sachverhalte verständigt habe, so haben dennoch die anrainenden Bewohner der Stadtgutsäle bis jetzt nichts bemerkt, dass zur Beseitigung dieser Gefahr etwas geschehen ist. Es wird daher gefragt: Ist der Bürgermeister in der Lage, der Bevölkerung dieser Bezirktteile von Rudolfsheim und Fünfhaus eine beruhigende Erklärung darüber abgeben zu können, ob und was bis jetzt zur Abwendung einer solchen Gefahr mit der Militärverwaltung vorgekehrt worden ist?

Der Bürgermeister verliest einen Bericht des Magistrates wonach über Anforderung des Militärkommandos Wien bezw. des Ministeriums für Landesverteidigung auf Grund des Kriegseistungsgesetzes die „Stadtgutsäle“ der Heeresverwaltung für die Dauer des Bedarfes überlassen wurden. Bei dem aus diesem Anlasse abgehaltenen feuerpolizeilichen Lokal-Augenschein wurden aus feuerpolizeilichen Rücksichten Vorkehrungen beantragt, die im 23 Punkten zusammengefasst sind.

Der Bürgermeister setzt hinzu: Ich habe ruhig diese 23 Punkte verlesen, wenn ich die Kommissionen geleitet haben würde hätte ich mir alle Bedingungen erspart und einfach das Verbot der Benützung der Räume beantragt (Lebhafter Zustimmung).

GR. Ullreich stellt folgende Anfrage: Durch die Verfügung des Amtes für Volksernährung über die Beschlagnahme der gesamten Kartoffelernte sind auch die in den Kriegsgemüse- und Schrebergärten gebauten Kartoffeln beschlaggenommen. Es besteht infolgedessen die Gefahr, dass die Bearbeiter dieser Gärten durch ihre an sich bescheidene Kartoffelernte sich keine Zubusse zu den kargen Lebensmittelrationen erarbeiten, sowie dies im Vorjahr der Fall war, wo diese Kartoffelernte von der Beschlagnahme und Kartenwirtschaft frei blieb. Sollte das Ernährungsamt die Beschlagnahmeverfügung hinsichtlich der Kriegsgemüse- und Schrebergärten nicht zurücknehmen, so kämen dadurch die Besitzer dieser Gärten um den Lohn ihrer mühevollen Arbeit zu Gunsten derjenigen, die für die Erzeugung von Lebensmitteln nichts getan haben. Die Folge würde sein, dass zukünftig in den genannten Gärten Kartoffel nicht mehr gebaut würden, was für den ohnehin schon unter die Grenze des unbedingten Notwendigen gesunkenen Ernährungszustand gerade für die unteren Schichten der Wiener Bevölkerung eine Verschlechterung bedeuten würde. Es würde auch durch die Menge der in den Kriegsgemüse- und Schrebergärten gebauten